

# »Eine Ohrfeige für ehrenamtlich Engagierte«

## Koordinierungsgruppe Sprudelhof verwundert über Verweigerung einer Kostenbeteiligung der Agenda-Gruppe durch Witzel

**Bad Nauheim (bk).** Wie die Koordinierungsgruppe Sprudelhof mit Verwunderung zur Kenntnis genommen hat, werde dem Agenda-Arbeitskreis eine Beteiligung an den 2006 entstandenen Ausgaben verweigert. Begründung von Bürgermeister Bernd Witzel in der letzten Parlamentssitzung: Steuergelder müssten sinnvoll eingesetzt werden. »Diese Erklärung ist eine Ohrfeige für alle, die sich in der Stadt ehrenamtlich engagieren. Vor allem ist es eine harsche Abfuhr für alle, die seit Jahren in den Agenda-Gruppen tätig sind«, betonte Robert Garmeister. Der Vorsitzende des Fördervereins Freunde des TAF hatte im Auftrag der Koordinierungsgruppe Sprudelhof vor Monaten vor allem Rechnungen für Drucksachen bei der Agenda-Beauftragten der Stadt, Dr. Christine Kunert, eingereicht.

Im Januar letzten Jahres hatten sich vier Vereine und Gruppierungen zur Koordinierungsgruppe zusammengeschlossen. Neben dem Theater Alte Feuerwache (einschließlich Förderverein), dem Verein Bad Nauheimer Museen und dem Jugendstilverein war dies der Arbeitskreis Sprudelhof der Agenda. »Bevor wir unser fertiges Konzept der Öffentlichkeit präsentieren konnten, musste die Frage der Kostenübernahme geklärt werden. Die vier Vereine beschloss, die Gesamtaufwendungen unter sich aufzuteilen«, erläuterte Garmeister. Im Gegensatz zu den drei Klubs verfüge die Agenda-Gruppe jedoch nicht über eine eigene Kasse. »Insofern konnte

sich die Agenda-Gruppe als einzige bisher nicht an der Finanzierung der Ausgaben beteiligen«, so der Fördervereinsvorsitzende. Agenda-Vertreterin Cornelia Zahrt sei bereits im April bei Kunert vorstellig geworden. Garmeister: »Damit ist Witzels Behauptung widerlegt, wir hätten das Geld rechtzeitig beantragen müssen.«

Im Vertrauen auf die Gültigkeit der bisher verfolgten Praxis bei der Mittelbewilligung aus dem Agenda-Topf habe Kunert grundsätzlich eine finanzielle Beteiligung zugesagt und darum gebeten, die Rechnungen einzureichen. Dies sei im Herbst geschehen. In seiner Sitzung am 27. November habe der Agenda-Sprecherrat für die Arbeit der Koordinierungsgruppe 2000 Euro bewilligt. Diese Entscheidung sei jedoch durch Witzel widerrufen worden.

»Für das Konzept der unterirdischen Therme und weitere Untersuchungen hat das Land angeblich 100 000 Euro ausgegeben. Das Ergebnis ist bekannt. Weil die Mitglieder der Koordinierungsgruppe ehrenamtlich arbeiten und jeder viele Kleinigkeiten ohnehin aus eigener Tasche bezahlt, sind für unser Konzept speziell Druck- und Verteilungskosten von nur 2500 Euro entstanden«, sagte Garmeister.

Wenn der Bürgermeister in der Stadtverordnetenversammlung seine Ablehnung einer Kostenübernahme mit einer Brötchenrechnung begründe, sei dies bewusst irreführend. Wie von der Stadtverordneten Zahrt im Parlament dargestellt, ma-

che diese Rechnung gerade einmal fünf Prozent der Gesamtsumme aus, die beim Agenda-Büro eingereicht worden sei. Viele kleine Ausgaben (Kopierkosten, Porto) seien gar nicht angegeben worden. Der Agenda-Sprecherrat habe keineswegs die Gesamtsumme bewilligt, sondern nur 2000 Euro. Die belegten Brötchen, die zur Präsentation des Konzepts bestellt wurden und die der Bürgermeister so anstößig finde, seien dabei gar nicht berücksichtigt.

Pikant ist aus Sicht der Koordinierungsgruppe vor dem Hintergrund der im Oktober verteilten Informationsschrift zum Sprudelhof Witzels Erklärung, Steuergelder müssten sinnvoll verwendet werden. »Diese 6370 Euro teure Broschüre hat sich Witzel vom Kurbetrieb bezahlen lassen, ohne dass die Betriebskommission darüber informiert wurde. Ob es sich dabei tatsächlich um Information oder aber um Meinungsmache handelte, wurde im Parlament diskutiert und wird von uns nicht kommentiert. Aber auch die Mittel des Kurbetriebs sind Steuergelder«, betonte Garmeister.

Offensichtlich werde hinsichtlich der Verteilung der Agenda-Mittel mit zweierlei Maß gemessen. Garmeister: »Das heißt: Auch hier klaffen beim Bürgermeister Reden und Tun weit auseinander. Bürgerengagement ist gewollt, wenn das Ergebnis seinen Vorstellungen entspricht. Mit moderner Demokratie hat das leider wenig zu tun.«